

Wege aus der Knechtschaft der Märkte – WSI-Verteilungsbericht 2012

Die kontraproduktiven Auswirkungen der Sparprogramme auf die Ökonomien und Gesellschaften in der Europäischen Union zeigen einmal mehr, wie verhängnisvoll sich Verteilungs-Ungleichgewichte und ihre Verstärkung auswirken können. Umso wichtiger ist es, neoliberal geprägte Politikmuster bei Verteilungsprozessen endlich radikal zu verlassen und bessere Alternativen zu wählen. Anders als es Friedrich A. von Hayeks berühmte Warnung vor staatlicher Intervention in die Märkte als Weg in die Knechtschaft nahelegt, kommt es heute gerade der Politik zu, einen Weg aus der Knechtschaft der Finanzmärkte zu finden und zu beschreiten. Dies wird anhand jüngster Verteilungsentwicklungen in Deutschland und auch für die Europäische Union als Ganzes erörtert.

CLAUS SCHÄFER

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Produktion, der Arbeitsmarkt und auch die Löhne in Deutschland haben sich 2011 – und bis ins Jahr 2012 – besser entwickelt als etliche frühere Prognosen angesichts vielfältiger interner und vor allem externer Risiken vorausgesagt hatten. Trotzdem kann die Entwicklung nicht ganz so positiv bewertet werden wie Medien und Politik es zuletzt häufig darstellten. Zwar hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr das „Arbeitnehmerentgelt“ als Summe aller Löhne – die statistische Basis in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Bruttolohnquote (*Tabelle 1*) – mit einem Plus von 4,5 % so stark erhöht wie in keinem Jahr seit 1992; 2010 war das Arbeitnehmerentgelt um 3,0 % gestiegen und 2009 nur um 0,3 %. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme ohne die im Arbeitnehmerentgelt enthaltenen Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen erhöhte sich sogar um 4,8 %. Aber dieser Zuwachs verteilt sich 2011 auf drei Wachstumskomponenten: die um 1,3 % gestiegene Zahl von im Inland beschäftigten Arbeitnehmern und den „reinen“ Brutto-Anstieg der Löhne um 3,4 %, der seinerseits auch von einem Anstieg der pro Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden um 0,6 % befördert wurde. Da die Bruttolöhne auf Basis von Tarifverträgen aber laut Statistischem Bundesamt nur um 1,7 % gestiegen sind, ist ein Großteil des genannten Lohnzuwachses unter Umständen nicht nachhaltig, weil kommende

konjunkturelle Schwächen Stundenzuwächse und übertarifliche Zahlungen der Betriebe schnell wieder rückgängig machen können.

Die Nettolöhne und -gehälter (*Tabelle 2*) sind 2011 um 4,0 % gestiegen (2010: 4,4 %), weil neben progressionsbedingten zusätzlichen Lohnsteuerlasten auch mehr Sozialabgaben anfielen, hier wegen Beitragssatzerhöhungen Anfang 2011 um 0,6 auf 15,5 % bei der gesetzlichen Krankenversicherung und um 0,2 auf 3,0 % bei der Arbeitslosenversicherung (*Tabelle 3*). Zieht man vom Nettoergebnis schließlich noch die durchschnittliche Steigerung der Verbraucherpreise von 2,3 % ab, bleibt zwar im Gegensatz zu vielen früheren Jahren ein deutliches, aber letztlich mageres reales Plus übrig.

Anders steht es um die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: Auf den ersten, gesamtwirtschaftlichen Blick sind diese – nach noch 12,0 % Zuwachs 2010 und einem Minus von 12,4 % 2009 – 2011 nur um 1,3 % gestiegen. Lässt man jedoch aus diesem Einkommensaggregat die Anteile der Sektoren Staat und Kapitalgesellschaften beiseite und blickt nur auf die Privaten Haushalte in der VGR, wo neben Haushalten mit überwiegenden Lohneinkommen auch solche von Selbstständigen und anderen Nicht-Kapitalgesellschaften enthalten sind, ►

● Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf Statistisches Bundesamt 2012a.

TABELLE 1

Bruttolohn- und -gewinnquote in Deutschland. Das volkswirtschaftliche Einkommen aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung

	Volks- einkommen Mrd. €	Tatsächliche Bruttolohnquote ³ %	Tatsächliche Bruttogewinngquote %	Arbeitnehmer % ⁴	Strukturbereinigte Bruttolohnquote ⁵ Index ⁶	%
– alte Bundesländer ¹ –						
1960	122,8	60,1	39,9	77,2	92,5	65,0
1970	274,7	67,3	32,7	83,4	100,0	67,3
1980	591,0	75,2	24,8	88,3	105,9	71,0
1990	987,2	69,8	30,2	89,6	107,4	65,0
1991	1065,4	70,0	30,0	89,6	107,4	65,2
– alte und neue Bundesländer ² –						
1991	1217,2	70,8	29,2	90,8	100,0	71,0
1995	1423,9	71,1	28,9	89,9	96,7	73,5
1996	1444,7	70,7	29,3	89,8	96,5	73,3
1997	1465,7	69,9	30,1	89,6	96,3	72,6
1998	1492,2	70,0	30,0	89,6	97,3	71,9
1999	1507,6	71,1	28,9	89,7	98,8	72,0
2000	1540,9	72,1	27,9	89,9	100,7	71,6
2001	1577,1	71,8	28,2	89,8	100,9	71,2
2002	1591,4	71,6	28,4	89,7	100,2	71,5
2003	1608,5	71,0	29,0	89,4	99,0	71,7
2004	1686,8	67,9	32,1	89,1	98,9	68,7
2005	1713,7	66,4	33,7	88,7	98,3	67,5
2006	1808,7	63,9	36,1	88,6	98,8	64,7
2007	1877,3	63,2	36,8	88,7	100,6	62,8
2008 ⁷	1890,7	65,0	35,0	88,9	102,0	63,7
2009 ⁷	1812,3	68,1	31,9	88,9	102,1	66,7
2010 ⁷	1919,3	66,2	33,8	88,9	102,7	64,5
2011 ⁷	1984,6	66,9	33,1	89,0	104,2	64,2
2012/ 1.Hj. ⁷	978,6	67,3	32,7	89,0	104,8	64,2

¹ Angaben für 1960 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG).

² Angaben auf Basis des ESVG.

³ Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen.

⁴ Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland).

⁵ Bezug auf die absolute Arbeitnehmerzahl: für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100.

⁶ Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten.

⁷ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012a); Berechnungen des Autors.

WSI Mitteilungen

nehmen dort die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen^② vor Abgaben um 4,5 % zu (2010 plus 2,2 %). Damit hat sich der konjunkturelle Aufschwung, der 2010 offenbar eher die Gewinne der Kapitalgesellschaften begünstigte, 2011 mehr bei den unternehmerisch tätigen privaten Haushalten niedergeschlagen.

Zum Anstieg dieser Einkommensart nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen kann die VGR keine genaue Auskunft geben. Aber immerhin legen Indizien auch netto einen vergleichbaren Anstieg wie brutto nahe: Zieht man die gezahlten Einkommensteuern, Steuern auf Zinserträge sowie geleistete (freiwillige wie teilweise – z. B. für selbstständige Handwerker – obligatorische) Sozialabgaben ab,

beträgt der „Netto“-Zuwachs dieser Einkommensart bei den privaten Haushalten 2011 5,2 %.^③

Die vom Statistischen Bundesamt bisher fürs 1. Halbjahr 2012 veröffentlichten Zahlen zur Einkommensentstehung (Stand September 2012) deuten im Vergleich zum 1. Halbjahr des Vorjahrs auf eine leichte Abschwächung der Zuwachsraten beim Brutto- und Nettoeinkommen hin. Die Nettolöhne darunter profitieren dabei von einer geringfügigen Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 auf 19,6 %. Einflüsse nahender konjunktureller Risiken sind (noch) nicht erkennbar.

Insgesamt verbessert sich durch die genannte Verteilungsentwicklung die Lohnquote brutto und erst recht netto nur wenig (*Tabelle 1* und *2*): Die Bruttolohnquote steigt 2011 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte und könnte angesichts der absehbaren Entwicklung 2012 noch einmal um wenige Zehntel Prozentpunkte zulegen; die Nettolohnquote dagegen steigt 2011 in den beiden für *Tabelle 2* genutzten Abgrenzungen jeweils lediglich um 0,3 Prozentpunkte und wird 2012 vielleicht unverändert bleiben. In Relation zum gesamten Volkseinkommen (wie es in *Tabelle 1* vor der öffentlichen Umverteilung abgebildet wird) ist die Nettolohnquote mit knapp 37 % der potenziellen nationalen Kaufkraft nach wie vor auf einem historisch niedrigen Niveau. Mit ihren jüngsten kleinen Verbesserungen, die in nächster Zeit möglicherweise schon wieder von konjunktureller Abkühlung revidiert werden, wird weder die vergangene Ungleichheitsentwicklung spürbar korrigiert noch ein ausreichendes Polster für die Kompensation möglicher kommender Nachfrageausfälle an anderer Stelle geschaffen (zur aktuellen Einschätzung konjunktureller Risiken siehe z. B. IMK 2012a).

2. Löhne in einzelnen Beschäftigungsverhältnissen

Der gesamtwirtschaftliche Anstieg der Bruttolöhne auf VGR-Basis um 3,4 % im Jahr 2011 wird tendenziell von anderen Daten des Statistischen Bundesamtes bestätigt. So weist die Verdienststatistik (Statistisches Bundesamt 2012c) einen jahresdurchschnittlichen Anstieg der Bruttolöhne

^② Genauer im Sinn der VGR: der Betriebsüberschuss von Nicht-Kapitalgesellschaften, die Selbstständigeneinkommen sowie die per saldo empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen.

^③ Natürlich hat das Statistische Bundesamt (2012b, S. 26) recht, wenn es generell zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf mögliche dort kumulierte Rechenfehler hinweist, weil sie im VGR-Prozess als Restgröße und nicht aus originären Datenquellen ermittelt werden. Aber dieses auch sonst gern genutzte Argument kann nicht alles relativieren.

gegenüber 2010 von 3,0 % für ganz Deutschland und im Mittel aller Branchen aus – und zwar für die Bruttonomona-löhne einschließlich Sonderzahlungen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten ohne Minijobs. Bei den Minijobbern – zu denen die Verdienststatistik ohnehin nur spärliche Angaben macht bzw. die Betriebe nur rudimentär berichten – wird die vergleichbare Zunahme mit 1,9 % angegeben.

2.1 Lohn, Arbeitszeit und Sonderzahlungen

Die Tabellen 4 und 5 informieren über weitere ausgewählte Details zu Arbeitszeiten und Arbeitseinkommen dieser drei Beschäftigtenverhältnisse in Industrie bzw. Produzierendem Gewerbe sowie in öffentlichen wie privaten Dienstleistungen. So resultiert der oben erwähnte mittlere Lohnanstieg um 3,0 % auf einer Zunahme der monatlichen Sonderzahlungen von 9,9 % und einer „reinen“ Lohnzunahme ohne Sonderzahlungen von 2,4 %, die auch auf eine Erhöhung der bezahlten Wochenarbeitsstunden um 0,5 % zurückgeht (*Tabelle 4*, letzte Zeile).^①

Für Westdeutschland fällt die jeweilige Entwicklung der Arbeitseinkommen minimal besser aus (*Tabelle 4*, zweitletzte Zeile), für Ostdeutschland spürbar schlechter (siehe *Tabelle 5*, zweitletzte Zeile). Gleichwohl kompensiert eine – in Ost- wie Westdeutschland in vielen Bereichen und Beschäftigungsverhältnissen ausgeprägte – teils zweistellige Erhöhung der Sonderzahlungen die in den beiden Vorjahren beobachtete deutliche Rücknahme durch die Betriebe teilweise, manchmal gleicht sie diese sogar mehr als vollständig aus.

2.2 Sektoren, Voll- und Teilzeit, Geschlecht und Region

Auffällig ist, dass in Westdeutschland die Industrielöhne, gemessen an den Stundenverdiensten, um rund einen Prozentpunkt stärker stiegen als die in den Dienstleistungen. In beiden Wirtschaftsabteilungen sind jedoch die Lohnanstiege bei Vollzeit und Teilzeit relativ gleich. Bei Teilzeit ist dies auf einen wesentlich stärkeren Anstieg der Arbeitszeit zurückzuführen. Ganz anders dagegen in Ostdeutschland: Hier stiegen 2011 die Stundenverdienste in Industrie und Dienstleistungen nur bei den Vollzeitbeschäftigten jeweils etwa in gleichem Ausmaß; bei den Teilzeitbeschäftigten ist überwiegend ein geringer Anstieg bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung zu beobachten, bei den männlichen Teilzeitbeschäftigten sogar ein Rückgang an Einkommen und Arbeitszeit.

Ansonsten gilt es, zwei nach wie vor vorhandene deutliche Verdienstgefälle zu konstatieren: das von Männern zu Frauen (Statistisches Bundesamt 2012d) sowie das nicht minder problematische geschlechtsunabhängige von West nach Ost. Diese Lücke wird in der letzten und viertletzten Spalte von *Tabelle 5* für die Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen und mit Sonderzahlungen in Prozent des westdeutschen Niveaus angegeben. Sie beträgt für 2011 im

TABELLE 2

Nettolohn- und -gewinnquote in Deutschland.^{1,2} Einkommen der privaten Haushalte nach öffentlicher Umverteilung

Angaben in Prozent^{3,4}

	Netto-Lohnquote ⁵		Nettoquote monetäre Sozialleistungen ⁶		Netto-Gewinnquote ⁷	
	A	B	A	B	A	B
– alte Bundesländer – ¹						
1960	55,8	43,7	20,9	16,4	24,4	19,1
1970	55,7	44,4	21,2	16,9	25,9	20,6
1980	52,7	43,8	26,2	21,8	24,3	20,2
1990	48,5	38,5	24,8	19,7	29,7	23,6
– alte und neue Bundesländer – ²						
1991	49,3	40,7	21,7	17,9	28,6	23,6
1995	45,8	38,3	23,8	19,9	30,0	25,1
1996	45,5	38,2	24,2	20,3	29,9	25,1
1997	44,1	37,0	24,4	20,5	31,1	26,1
1998	44,3	37,1	24,4	20,5	30,9	25,9
1999	44,8	38,0	25,0	21,2	29,8	25,3
2000	45,9	38,7	24,8	20,9	28,9	24,4
2001	45,8	39,1	25,0	21,3	28,8	24,6
2002	45,5	39,0	25,5	21,9	28,6	24,5
2003	44,1	38,3	25,7	22,5	29,8	25,8
2004	44,2	37,2	25,3	21,3	30,1	25,3
2005	43,2	36,5	24,8	21,0	31,6	26,7
2006	42,4	34,7	24,2	19,8	33,0	27,0
2007	43,0	34,4	23,5	18,8	33,1	26,5
2008 ⁸	43,1	35,1	23,1	18,8	33,6	27,3
2009 ⁸	43,6	36,9	25,0	21,2	30,6	25,9
2010 ⁸	44,2	36,3	24,5	20,2	30,7	25,2
2011 ⁸	44,5	36,6	23,6	19,3	31,2	25,6
2012/1.Hj. ⁸	42,9	36,3	23,4	19,8	32,8	27,8

¹ Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR).

² Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG).

³ In % des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte nach der öffentlichen Umverteilung (Spalte A). Die drei Quoten der privaten Haushalte addieren sich nicht genau zu 100% wegen statistischer Abgrenzungsprobleme.

⁴ In % des Volkseinkommens aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung gemäß Tabelle 1 (Spalte B). Die drei Einkommensquoten der privaten Haushalte stellen zusammen zwar den Großteil des gesamtwirtschaftlichen Volkseinkommens; daneben sind aber auch noch die Einkommen von Unternehmen und Staat zu berücksichtigen.

⁵ Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben.

⁶ Im ESVG: empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadensversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren.

⁷ Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich: direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern: veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Vermögensteuer).

⁸ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012a); Berechnungen des Autors.

WSI Mitteilungen

Mittel 72,9 % beim generellen Ost-West-Vergleich – und ist damit gegenüber dem Jahr 2010 sogar wieder etwas ►

① Entsprechend nehmen die Stundenlöhne ohne Sonderzahlungen „nur“ um 1,9 % zu, einschließlich Sonderzahlungen um 2,5 %.

TABELLE 3

Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

Angaben in Prozent¹

	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch Sozialbeiträge auf Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern ² auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Belastung durch Sozialbeiträge ³ auf Gewinn- und Vermögenseinkommen
– alte Bundesländer –				
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
– alte und neue Bundesländer –				
1991	15,9	14,0	8,6	3,1
1995	18,3	15,3	5,3	3,7
1996	17,8	15,7	4,2	4,1
1997	17,9	16,4	3,4	3,8
1998	17,9	16,4	4,6	3,7
1999	17,9	16,1	6,2	3,7
2000	17,4	15,9	7,8	3,7
2001	16,7	15,8	7,9	3,7
2002	16,7	15,9	6,8	3,7
2003	16,8	16,3	5,5	3,4
2004	15,8	16,3	5,3	3,4
2005	15,5	16,6	5,8	3,1
2006	15,8	17,0	7,0	2,9
2007	16,3	16,8	8,2	3,0
2008 ⁴	16,7	17,1	8,6	2,9
2009 ⁴	16,2	17,3	8,8	4,2
2010 ⁴	15,2	17,4	8,2	4,0
2011 ⁴	15,5	17,5	7,7	3,9
2012/1.Hj. ⁴	16,1	17,7	9,0	3,6

¹ In % der jeweiligen Bruttoeinkommen.

² Veranlagte Einkommensteuer; nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; Vermögensteuer - soweit vor (und nach) deren Aussetzung 1996 (noch) gezahlt.

³ Pflicht- und freiwillige Beiträge von Selbstständigen (und Nichtselbstständigen).

⁴ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012a); Berechnungen des Autors.

2.3 Spreizungsprozesse und Prekarität

Dieser Stellenzuwachs wird nun generell – nach der erfolgreichen Stabilisierung des deutschen Arbeitsmarkts im Zuge der 2007 ausgebrochenen Finanzmarktkrise – als neuer Beleg eines deutschen „Beschäftigungswunders“ ausgegeben. Tatsächlich aber hat auch dieser Zuwachs zwei Seiten: neben der Quantität auch die Stellen-Qualität, die vor allem mit Spreizungsprozessen verbunden ist. So ist zwar einerseits der Beschäftigungszuwachs überwiegend in sozialversicherungspflichtiger Form erfolgt. Aber auch Teilzeitbeschäftigte um 20 Wochenstunden sowie Leiharbeitskräfte und befristet Beschäftigte in Vollzeit sind eher als Prekäre einzustufen. Und selbst Vollzeitbeschäftigte ohne die zuletzt genannten beiden Merkmale können prekär sein, wenn sie einen Niedriglohn beziehen. Das WSI hat dazu in jüngster Zeit zwei Veröffentlichungen vorgelegt, wonach in den letzten Jahren der Beschäftigungszuwachs auch mit einem Prekaritätszuwachs einhergeht. Die von Keller et al. (2012) sowie von Seils (2012) vorgelegten Zahlen befinden sich im Einklang mit neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts (2012e) zum weiter gestiegenen Niedriglohnsektor mit inzwischen 20,6 % aller Beschäftigten unabhängig von ihrer Beschäftigungsform in 2010.

Seils benutzt im Rahmen eines europäischen Ländervergleichs als Prekaritätskriterium anstelle des individuellen Niedriglohns die haushaltsbezogene Einkommensarmut von Erwerbstätigen auf Basis des europaweit standardisierten European Survey on Income and Living Conditions (EU-SILC) von 2004 bis 2009. Danach hat die Einkommensarmut – beschönigend auch „Armutsgefährdung“ genannt – nach üblichen Messstandards⁵ in Deutschland kontinuierlich zugenommen, und eben nicht in erster Linie wegen der Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, sondern wegen zunehmend schlechter Bezahlung in allen Beschäftigungsformen. So ist zwar die deutsche Beschäftigungsquote mit 70,3 % im europäischen Vergleich eher hoch. Aber auch die Armutssquote unter den Beschäftigten in Deutschland ist gestiegen, und zwar mit 2,2 Prozentpunkten neben Spanien stärker als in der übrigen Europäischen Union (EU). 2009 lebten immerhin 7,1 % aller deutschen Beschäftigten in einem einkommensarmen Haushalt, was inzwischen genau dem mittleren Armutsniveau in der EU entspricht.

Einkommensarmut ist sicher zum Teil auch ein treibender Faktor für den starken Anstieg von Minijobs als Nebentätigkeit, der den generell starken Anstieg der Minijobs seit 2003 prägt, so Keller et al. (2012) auf Basis einer Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Der gesamte Minijob-Zuwachs von 2003 bis 2011 geht danach zu 72 %, ab 2006 sogar zu 100 % auf die Nebentätigkeitsform zurück. Auffällig ist, dass Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis mit einem Mini-Nebenjob ohne diesen 2010 einen Monats-

(um 0,6 Prozentpunkte) gewachsen. Das gilt ohne Ausnahme in unterschiedlicher Dimension für alle in Tabelle 5 abgebildeten Beschäftigungsbereiche Ostdeutschlands. Insbesondere in der ostdeutschen Industrie ist die Lücke sogar deutlich, teilweise um mehrere Prozentpunkte angestiegen. Grund ist der im Vergleich zum Westen unterdurchschnittliche Lohnzuwachs 2011. Aber auch vor 2011 war die Lohnlücke in der ostdeutschen Industrie mit rund einem Drittel des westdeutschen Lohnniveaus besonders deutlich. Es ist deshalb entgegen anderslautenden Äußerungen (z. B. IAB 2012) durchaus plausibel, dass auch wesentlich der niedrige Lohn junge oder qualifizierte Arbeitskräfte aus Ostdeutschland forttriebt, zumal der konjunkturbedingte Zuwachs an Arbeitsstellen ebenfalls in Westdeutschland stattgefunden hat.

⁵ Die Armutsschwelle liegt bei 60 % des Äquivalenz gewichteten Median-Einkommens.

TABELLE 4

Durchschnittliche effektive Arbeitseinkommen in Westdeutschland 2011 (brutto) – Ergebnisse der Verdienststatistik¹ für verschiedene Beschäftigungsverhältnisse

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis	Bezahlte Wochenarbeits-Stunden		Monatsverdienst ohne Sonderz.		Monatliche Sonderzahlung		Stundenverdienst				
	Std.	% ²	€	% ²	€	% ²	€	% ²	€	% ²	
Produzierendes Gewerbe											
Vollzeit	alle	38,3	1,5	3525	3,8	448	13,2	21,16	2,3	23,85	3,2
	Männer	38,5	1,7	3652	3,9	470	13,9	21,85	2,2	24,65	3,2
	Frauen	37,7	0,9	2884	3,6	341	8,9	17,62	2,7	19,71	3,2
Teilzeit	alle	24,2	1,7	1776	4,8	198	11,5	16,88	3,0	18,76	3,6
	Männer	25,9	2,5	2246	5,0	299	13,7	19,99	2,5	22,65	3,4
	Frauen	23,9	1,5	1692	4,3	180	10,1	16,28	2,8	18,01	3,3
Minijob ³	alle	–	–	310	2,5	–	–	–	–	–	–
	Männer	–	–	307	1,4	–	–	–	–	–	–
	Frauen	–	–	312	3,1	–	–	–	–	–	–
Dienstleistungen											
Vollzeit	alle	39,4	0,1	3364	1,9	333	8,3	19,64	1,8	21,59	2,3
	Männer	39,7	0,1	3618	1,7	384	9,5	20,98	1,6	23,21	2,3
	Frauen	39,0	0,0	2940	2,3	247	5,8	17,37	2,2	18,83	2,5
Teilzeit	alle	24,0	0,5	1677	2,2	122	7,7	16,06	1,7	17,24	2,1
	Männer	24,9	0,1	1763	2,0	117	10,2	16,29	1,8	17,37	2,3
	Frauen	23,9	0,5	1663	2,2	123	7,3	16,03	1,7	17,21	2,0
Minijob ³	alle	–	–	281	1,6	–	–	–	–	–	–
	Männer	–	–	271	1,4	–	–	–	–	–	–
	Frauen	–	–	286	1,2	–	–	–	–	–	–
Insgesamt											
Westdeutschland ⁴	35,6	0,4	3029	2,4	321	10,0	19,59	1,9	21,67	2,6	
Deutschland ⁴	35,8	0,5	2938	2,4	298	9,9	18,90	1,9	20,81	2,5	

¹ „Arbeitnehmerverdienste“ in der Fachserie 16, Reihe 2.3 des Statistischen Bundesamts; Westdeutschland incl. Berlin.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

³ Für Minijobber enthält die Statistik keine Angaben zu Arbeitszeit und zu Sonderzahlungen. Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder sie werden auf den Verdienst angerechnet).

⁴ Ohne Minijobber.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012c (Verdienststatistik).

WSI Mitteilungen

lohn von durchschnittlich 2773 € erzielten und selbst mit dem Minijob-Nebeneinkommen von im Mittel 262 € nicht auf das Lohnmittel von „Normalarbeitsverhältnissen“ ohne Mini-Job kommen (3071 €). Angesichts der Streuung hinter solchen Durchschnittswerten mag es sein, dass sich ein Teil der Beschäftigten mit dem Minijob als Nebentätigkeit „nur Extrawünsche“ leistet (IW 2012). Aber selbst solche Extrawünsche müssen die entsprechenden Beschäftigten mit 41 Wochenarbeitsstunden in der Haupttätigkeit und weiteren 5,3 Wochenstunden in der Nebentätigkeit recht teuer „bezahlen“ (Keller et al. 2012). Noch problematischer aber ist im Rahmen der Einkommensstreuung auch der vermutlich existierende „Zwang“ zum Hinzuerwerb angesichts eines niedrigen oder sehr niedrigen Hauptverdienstes.

Tendenziell bestätigt werden Spreizungsprozesse auch von aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts, die

sich auf die Lohnentwicklung unterschiedlicher Qualifikationsstufen quer durch alle Beschäftigungsverhältnisse beziehen. Im Rahmen eines neu konzipierten Nominallohn- und Reallohnindex – der sich nun nicht nur, wie bisher üblich, auf Vollzeitbeschäftigte bezieht, sondern auch auf die Arbeitseinkommen von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung – teilt das Statistische Bundesamt (2012f) jüngst mit: „Nach den Angaben des neuen Nominallohnindex hat das Lohngefälle im Zeitraum 2007 bis 2011 zugenommen. Während die Bruttonomalsverdienste aller Arbeitnehmer in diesem Zeitraum um durchschnittlich 9,4 % stiegen, lagen die Verdienststeigerungen der Arbeitnehmer in leitender Stellung (plus 12,4 %) und der herausgehobenen Fachkräfte (plus 9,8 %) über dem Durchschnittswert. Fachkräfte (plus 8,3 %), angelernte Arbeitnehmer (plus 7,1 %) und ungelernte Arbeitnehmer (plus 8,0 %) ►

TABELLE 5

Durchschnittliche effektive Arbeitseinkommen in Ostdeutschland 2011 (brutto) – Ergebnisse der Verdienststatistik¹ für verschiedene Beschäftigungsverhältnisse

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis	Bezahlte Wochenarbeits-Stunden		Monatsverdienst ohne Sonderz.		Monatliche Sonderzahlung		Stundenverdienst							
	Std.	% ²	€	% ²	€	% ²	€	% ²	% ⁵	€	% ²	% ⁵		
Produzierendes Gewerbe														
Vollzeit	alle	39,4	1,2	2414	3,4	187	5,6	14,11	2,1	66,7	15,20	2,3	63,7	
	Männer	39,5	1,4	2510	3,6	196	6,6	14,64	2,2	67,0	15,78	2,4	64,0	
	Frauen	39,1	0,6	2061	2,5	156	1,4	12,12	1,9	68,8	13,04	1,8	66,2	
Teilzeit	alle	29,1	0,3	1333	1,2	80	7,1	10,54	0,9	62,4	11,17	1,2	59,5	
	Männer ⁶	28,6	-1,2	(1761)	(-3,7)	(242)	-	(14,16)	(-2,5)	70,8	15,30	-2,3	67,5	
	Frauen	29,2	0,6	1247	3,0	68	11,9	9,83	2,3	60,4	10,36	2,8	57,5	
Minijob ³	alle	-	-	271	3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Männer	-	-	276	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Frauen	-	-	265	3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	
Dienstleistungen														
Vollzeit	alle	39,7	0,3	2735	2,1	170	8,8	15,87	1,8	80,8	16,85	2,2	78,0	
	Männer	40,0	0,2	2789	2,0	174	9,4	16,05	1,8	76,5	17,05	2,2	73,5	
	Frauen	39,3	0,3	2674	2,2	165	8,0	15,66	1,8	90,2	16,63	2,2	88,3	
Teilzeit	alle	29,0	0,5	1683	0,2	100	8,8	13,37	-0,3	83,3	14,17	0,2	82,2	
	Männer	28,7	-0,2	1635	-1,6	91	11,6	13,11	-1,4	80,5	13,83	-0,8	79,6	
	Frauen	29,0	0,6	1690	0,5	102	8,5	13,41	-0,1	83,7	14,22	0,3	82,6	
Minijob ³	alle	-	-	208	2,3	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Männer ⁶	-	-	205	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Frauen ⁶	-	-	211	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt														
Ostdeutschland ⁴	37,1	0,6	2389	2,0	159	7,6	14,81	1,4	75,6	15,80	1,7	72,9		
Deutschland ⁴	35,8	0,5	2938	2,4	298	9,9	18,90	1,9	-	20,81	2,5	-		

¹ „Arbeitnehmerverdienste“ in der Fachserie 16, Reihe 2.1 des Statistischen Bundesamts: Verdienste und Arbeitskosten; Ostdeutschland ohne Berlin.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

³ Für Minijobber enthält die Statistik keine Angaben zu Arbeitszeit und zu Sonderzahlungen. Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder sie werden auf den Verdienst angerechnet).

⁴ Ohne Minijobber.

⁵ Relation des ostdeutschen Verdienstniveaus zum jeweiligen westdeutschen Niveau in %.

⁶ Wegen geringer Fallzahlen vom Statistischen Bundesamt für 2011 teilweise in Klammern gesetzt – nachdem für 2010 teilweise überhaupt keine Angaben gemacht wurden.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012c (Verdienststatistik); Berechnungen des Autors.

WSI Mitteilungen

konnten zwar auch die Steigerung der Verbraucherpreise kompensieren (plus 6,6 %), hatten aber nur unterdurchschnittlich hohe Wachstumsraten⁷ bei den Bruttolöhnen – und entsprechend weniger bei den Reallöhnen.

Man kann davon ausgehen, dass sich bei den erwähnten „Arbeitnehmern in leitender Stellung“ sowie den „herausgehobenen Fachkräften“ mit den höchsten Steigerungsraten der Löhne fast ausschließlich Vollzeitbeschäftigte finden, bei den anderen Qualifikationsgruppen dagegen auch viele Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit. Mit anderen Worten: Die absoluten Einkommen müssen sich im Durchschnitt noch weiter zwischen den Beschäftigungsverhältnissen auseinanderentwickelt haben. Die bei den Qualifikationsgruppen nicht eingerechneten geringfügigen Beschäftigungsver-

hältnisse weisen übrigens laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 mit 6,0 % Nominallohnzuwachs die geringste Steigerung auf.

3. Gewinne

3.1 Von Gewinnen zur Innenfinanzierung

Die Deutsche Bundesbank (2011a, S.31) schreibt in ihrem Bericht über die Ertragslage deutscher Unternehmen 2010: „Die deutschen Unternehmen sind aus der tiefen Rezession

des Jahres 2009 gestärkt hervorgegangen. [...] Angesichts des kräftigen Umsatzwachstums gelang es den Unternehmen, 2010 ertragmäßig in die Erfolgsspur zurückzukehren und dabei die zeitweise strapazierten Bilanzen beträchtlich zu entlasten. [...] Zudem wurde in Sachanlagen bereits wieder in einem Umfang investiert, der [...] über das bestandserhaltende Niveau hinausging. Finanziert wurde das neue Sachkapital zum größten Teil über den Cashflow, der ange- sichts der überaus günstigen Erlös-Kosten-Relation 2010 beträchtlich angeschwollen ist.“ Und in einer Anfang dieses Jahres erschienenen Publikation zur Unternehmensfinanzierung fasst die Bundesbank (2012a) für 1991 bis 2010 bekannte Entwicklungen noch einmal zusammen. Zu den markanten Veränderungen dabei gehört demnach – auf Basis der in der VGR ausgewiesenen und überproportional gewachsenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – generell eine Wende von der unternehmerischen Außen- zur Innenfinanzierung. Die Innenfinanzierungsmittel Gewinn, Abschreibungen und andere sind zur wichtigsten Quelle geworden, während die Außenfinanzierung an Bedeutung verloren hat.

Darunter ist zwar der Kredit immer noch die wichtigste Außenfinanzierungsquelle. Aber sie wird weit weniger von den Banken gespeist, die früher die dominanten Kreditgeber waren, sondern zunehmend von anderen Geldverleiher, unter denen bei Großkonzernen auch konzerneigene Finanzierungsgesellschaften eine wachsende Rolle spielen, die wiederum zuvor mit früheren Gewinnen oder anderen Innengeldern der Konzernmütter ausgestattet wurden. Ähnlich wie bei der Ausgabe von neuen Aktien und vergleichbaren Wertpapieren, die juristisch Fremdkapital, ökonomisch aber eher Eigenkapital darstellen, verschwimmen hier also auch Grenzen zwischen Innen- und Außenfinanzierung.

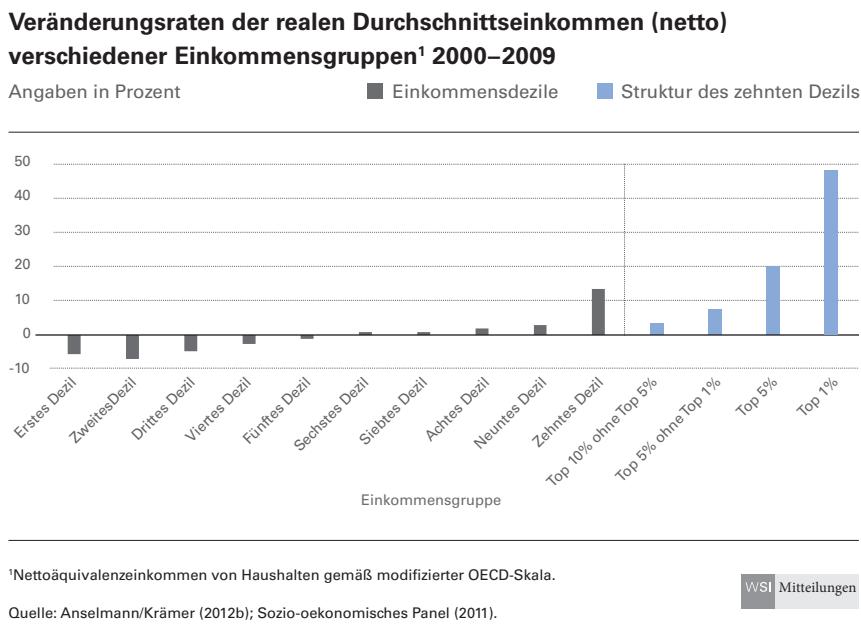
Auf jeden Fall hat die Abhängigkeit der Produktionsunternehmen vom Bankensektor abgenommen. Die Bundesbank (2012a, Seite 18f.) schreibt dazu ebenso nüchtern wie zurückhaltend: „Während sich die Gesamtfinanzierung [der Produktionsunternehmen] im Jahre 1991 nominal noch auf rund 280 Mrd. € beliefen, wurde für Ende 2010 ein Wert von 400 Mrd. € verzeichnet. [...] dabei lag der Anteil der Innenfinanzierung am gesamten Mittelaufkommen im Durchschnitt bei über 65 % und übertraf damit, abgesehen von den Jahren 1999 und 2000, [...], betragsmäßig durchweg die Mittelbeschaffung von außen. Im Rahmen der Innenfinanzierung spielten primär Abschreibungsgegenwerte in Form von liquiden Mitteln eine Rolle; deren Anteil an der Innenfinanzierung lag im Durchschnitt bei ca. 85 %. Das Volumen dieser Mittel ist dabei im Zeitverlauf nahezu kontinuierlich gestiegen von knapp 120 Mrd. € im Jahr 1991 auf gut 190 Mrd. € Ende 2010. Hauptverantwortlich hierfür sind [...] der in diesem Zeitraum ebenfalls gewachsene Kapitalstock des Unternehmenssektors [...] Einbehaltene Gewinne (einschließlich Vermögenstransfers) machten hingegen im Durchschnitt lediglich 15 % an der Innenfinanzierung aus. Im Vergleich zu den Abschreibungen waren

sie [...] wesentlich volatiler. Seit der Jahrtausendwende weisen sie jedoch einen positiven Trend auf [...] Begünstigt wurden diese Entwicklungen durch das in diesem Zeitraum überwiegend freundliche Weltwirtschaftsklima sowie die – von moderaten Lohnsteigerungen unterstützte – Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Mit der Intensivierung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Gewinnsituation allerdings wieder verschlechtert, sodass die einbehaltenen Gewinne in den Jahren 2008 und 2009 stark zurückgingen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung sind sie im Jahr 2010 jedoch wieder kräftig gewachsen. Die trendmäßige Zunahme der einbehaltenen Gewinne ist des Weiteren auf die Unternehmenssteuerreform aus dem Jahr 2000 zurückzuführen. Gegenstand der Reform war eine steuerliche Bevorzugung der Gewinnthesaurierung gegenüber der Ausschüttung [...] Der nahezu stetige Anstieg der gesamten internen Finanzierungsmöglichkeiten führt seit einigen Jahren sogar dazu, dass den deutschen Unternehmen mehr interne Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen als für den Ausbau des Kapitalstocks genutzt werden. So sind die Bruttoinvestitionen im Zeitraum von 2002 bis 2008 zwar kontinuierlich gestiegen, dabei in ihrer Entwicklung jedoch hinter der Summe aus einbehaltenen Gewinnen und Abschreibungen zurückgeblieben. Zusammengenommen führten diese Entwicklungen zu Finanzierungsüberschüssen im Sektor der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften.“ Diese Überschüsse haben die Unternehmen teils an ihre Eigentümer ausgeschüttet, vor allem aber angelegt, darunter in alten oder neuen Unternehmenstöchtern im Ausland bis hin zu spekulativen Anlagen auf den Finanzmärkten.

3.2 Gewinne und Managervergütungen

Die kräftig gestiegenen Gewinne der (Kapital-)Unternehmen gingen nun in der Vergangenheit häufig einher mit ebenso deutlich gestiegenen Managervergütungen, die man als Quasigewinne bezeichnen kann. In den letzten Jahren standen wegen der Finanzmarktkrise die extrem hohen Gesamtgehälter vieler Bänker im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, zumal sie trotz Krise nur wenig gesunken schienen. Darüber sollten jedoch die Managergehälter in Produktionsunternehmen nicht aus dem Blick geraten, die laut Deutscher Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (2012) z. B. im Vorstand der 30 deutschen DAX-Unternehmen 2011 um 7,9 % zugelegt haben. Mit 3,1 Mio. € durchschnittlicher Vergütung verdient damit ein DAX-Vorstand rund 54-mal soviel wie ein durchschnittlicher Angestellter in DAX-Unternehmen, nachdem es 1987 erst 14-mal soviel war. Nach Schmidt/Schwalbach (2007) geht der zitierte Anstieg seit 1987 übrigens auch deutlich über den gestiegenen Aktienkurs von 17 DAX-Unternehmen hinaus, die seit 1987 aktiv sind. Für Anselmann/Krämer (2012a) ist dieses Missverhältnis nur einer von vielen Belegen dafür, dass sich solche Entwicklungen weder mit klassischen ökonomischen noch mit sozialwissen-

ABB. 1



in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren gefallen ist, aber etwa in Berlin und in Nordrhein-Westfalen „durch beständige Anstiege der Armutgefährdung seit dem Jahr 2006 jeweils einen neuen Höchststand“ erreicht hat.^⑥

4.2 Einkommensreichtum und Polarisierung

Während diese Berichte bekannte Einkommensentwicklungen bestätigen, spitzen andere die Ungleichheit als Polarisierung noch zu. Anselmann/Krämer (2012b; 2012c) belegen auf Basis von SOEP-Daten anhand einer für Deutschland vorgenommenen Differenzierung der obersten bzw. einkommensreichsten Haushaltsgruppe – dem 10. Dezil – diesen Trend: Der Gini-Index als allgemeines Ungleichheitsmaß ist zwischen 1995 und 2009 stärker als vorher von 25,9 auf 28,9 gestiegen; dieser Anstieg im letzten Jahrzehnt geht ganz wesentlich auf die extrem gestiegenen realen Netto-Spitzeinkommen zurück und kaum auf die immerhin real gesunkenen Netto-Einkommen der unteren bzw. einkommensarmen Gruppen (Abbildung 1).

Rechnet man den Einkommensanstieg der obersten 1 % bzw. der „superreichen“ Haushalte heraus, erhöht sich im genannten Zeitraum der Gini-Koeffizient um lediglich 1,8 Prozentpunkte. Der ganze Rest wachsender Ungleichheit geht auf das Konto der Topverdiener. Bemerkenswert ist auch, dass innerhalb der vier Untergruppen des obersten Haushalts-Dezils die Einkommenszuwachsrate mit dem schon erreichten Einkommensniveau dieser Gruppen positiv verknüpft sind: je höher das Niveau, umso größer die Zuwachsrate. „Auch die Einkommensverluste, die die oberen Einkommensgruppen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009 hinzunehmen hatten, haben diese generelle Tendenz nicht umkehren können“ (Anselmann/Krämer 2012c, S. 3).

Diese problematische Entwicklung in Deutschland für die letzten Jahre wird von Anselmann und Krämer in einen Langfristvergleich von Alvaredo et al. (2012) für verschiedene Länder, darunter die USA und Deutschland, für die Zeitspanne von 1907 bis 2003 eingebettet, der zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Danach verlaufen die Markteinkommen, auf die sich die Studie konzentriert, in den USA und Deutschland vergleichsweise ähnlich in Form eines lang gestreckten, „badewannenförmigen“ U – mit hoher Einkommenskonzentration bis zum Ersten Weltkrieg, mit Dekonzentration danach und relativ flacher Verteilung bis zum Zweiten Weltkrieg sowie anschließend in verschiedenen Schwüngen wieder

schaftlichen (Leistungs-)Theorien rechtfertigen lassen (vgl. auch Wilke/Schmid 2012).

4. Personelle Verteilung von Einkommen und Vermögen

4.1 Einkommensarmut

Es ist zwangsläufig, dass sich die oben geschilderten kurz- und mittelfristigen Verteilungsprozesse bei den Markteinkommen erneut auch bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in einem Spreizungsprozess niederschlagen, der sich schon seit Langem vollzieht. Diese alte Erkenntnis vermelden neu etwa

- der vor Kurzem veröffentlichte Entwurf des 4. Armut- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (BMAS 2012) für die nationale Ebene
- oder der aktuelle Sozialbericht des Landes NRW für die regionale und teilweise kommunale Ebene (MAIS 2012).^⑦

Diese Erkenntnis bekräftigt ebenfalls jüngst das Statistische Bundesamt:

- Auf Basis von EU-SILC 2010 meldet es, dass 15,8 % der Bevölkerung Deutschlands oder rund 12,8 Mio. Menschen 2010 „armutsgefährdet“, d. h. einkommensarm waren, gegenüber 15,6 % (2009) und 15,5 % (2008) (Statistisches Bundesamt 2012g).
- Auf Grundlage des Mikrozensus 2011 meldet ebenfalls das Statistische Bundesamt (2012h), dass die Armutssquote zwar

^⑥ Dabei bezieht sich die Bundesregierung überwiegend auf Daten der Einkommen- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 2008, die NRW-Landesregierung vor allem auf den Mikrozensus von 2010.

^⑦ Mit den unterschiedlichen Datenquellen sind methodische und konzeptionelle Differenzen sowie auch Defizite verbunden, auf die hier nicht weiter eingegangen werden muss.

steigender Konzentration. Letztere ist heute fast wieder genauso groß wie zu Beginn der Beobachtungsperiode. Und die Konzentration ist – parallel zu den Befunden von Anselmann/Krämer (2012b; 2012c) für die deutschen Netto-Einkommen – auf die besonders stark gestiegenen Markteinkommen der Top-Verdiener zurückzuführen; und hier nicht nur auf die gestiegenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, sondern auch auf die erheblich gewachsenen Arbeitseinkommen von Managern und Bänkern.

Working Rich schlägt Working Poor also in jeder Beziehung – vor und nach dem öffentlichen Eingreifen in den Verteilungsprozess. Woraus man wiederum schließen kann, was ebenfalls schon eine Binsenweisheit ist: dass die Korrekturfunktion der staatlichen Umverteilung in den letzten Jahren nicht lediglich nachgelassen hat; sie hat gerade die oberen Einkommen und darunter insbesondere die „Superreichen“ begünstigt (so zuletzt Bach et al. 2012).

4.3 Vermögen

Mit der Unterscheidung von mehr oder weniger einkommensreichen Untergruppen innerhalb des obersten Haushalts-Decils knüpfen Anselmann/Krämer also an eine schon früher angewandte Differenzierung an, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auch für die Vermögensverteilung als Ergebnis der Einkommensverteilung vorgenommen hat. Bach et al. (2012) haben dafür zu den aus einer Sonderbefragung des SOEP von 2007 stammenden freiwilligen Vermögensangaben die für Befragungen in der Regel nicht zugänglichen Vermögen von besonders Reichen aus anderen Quellen hinzugeschätzt – und so auch das Vermögen der TOP 1 % bzw. des „Occupy-Prozents“ näherungsweise ermittelt.^③

Flankiert werden könnte diese DIW-Untersuchung durch eine neu in der EU aufgelegte und in den Mitgliedsländern harmonisierte Erhebung zu positiven und negativen Vermögen bzw. Schulden privater Haushalte, die von den nationalen Notenbanken verantwortet wird und Household Finance and Consumer Survey (HFCS) getauft wurde. Da die Notenbanken bei der Umsetzung der Erhebung methodisch einen gewissen Spielraum haben, hat sich die Deutsche Bundesbank erfreulicherweise zur Auflage eines Haushaltspanels entschlossen, an dessen erster Welle freiwillig – und damit SOEP und EVS vergleichbar – 3565 überwiegend gut gestellte bis wohlhabende Haushalte zwischen September 2010 und Juli 2011 teilgenommen haben. Erste Ergebnisse dieser Panelstudie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) sowie die Grundzüge des HFCS hat die Deutsche Bundesbank in einer ersten Veröffentlichung mit betont „vorläufigen“ Ergebnissen vorgestellt (Deutsches Bundesbank 2012b). Die Ergebnisse beziehen sich außerdem nur auf das Immobilienvermögen, damit aber auf einen beachtlichen Teil des gesamten privaten Vermögens. Nachgewiesen wird dort eine erhebliche Konzentration: „Das letzte Dezil, also die 10 % der Immobilieneigentümer mit dem höchsten Brutto-Immobilienvermögen, hält einen An-

teil am gesamten Immobilienvermögen von 40,2 %. Setzt man die Grenze bei 20 % der Immobilieneigentümer (das sind rund 9 % aller Haushalte, wenn man die Nicht-Eigentümer einschließt), ergeben sich 55,3 %. Das Nettovermögen ist noch etwas stärker konzentriert: Die entsprechenden Werte liegen bei 43,9 und 59,9 %“ (ebd., S. 45).

5. Denk- und Politikmuster ändern

Angesichts der seit Jahren beobachtbaren wachsenden Spreizung von Einkommen und Lebenschancen in Deutschland und ihren hier wie andernorts häufig besprochenen negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft ist die Beibehaltung der zugrunde liegenden neoliberalen Denk- und Politikmuster immer weniger verständlich. Erst recht befremdlich mutet die in Medien und Politik zuletzt sogar betriebene „Feier“ der guten deutschen Wirtschaftslage in einem „Meer der Krisen“ an, die nach dem sogenannten deutschen Beschäftigungswunder ab 2008 nun auch ein aktuelles generelles Wirtschaftswunder ausruft – so als hätte die positive deutsche Lage weder gestern noch morgen bzw. weder ursächlich noch folgemäß mit den Euro-Partnern und den vorhandenen Ungleichgewichten zwischen ihnen zu tun.

5.1 Soziale Ungleichheit und europäische Ungleichgewichte

Zwar fußt die aktuelle Euro-Krise auch auf politisch-historischen Versäumnissen bei der Aufnahme a priori wettbewerbsschwacher Länder in die Europäische Union und die Euro-Zone, die Deutschland mit zu verantworten hat. Aber sie ist vor allem durch die extrem gestiegene Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nach Gründung der Euro-Zone entstanden. Die schlägt sich vordergründig in einem enormen deutschen Exportüberschuss nieder, hat zum Hintergrund aber die wirtschafts- und fiskalpolitisch befeuerte Ungleichheitsentwicklung in Deutschland durch moderate generelle Lohnsteigerungen, den wachsenden Niedriglohnsektor, sinkende Steuern und Sozialabgaben von Unternehmen und Weiteres mehr. Soziale Ungleichheit in Deutschland erzeugt allein durch den Exportüberschuss soziale Probleme auch anderswo.

Und wenn jetzt deutsche „Sparpolitik“ auch noch zusätzlich exportiert wird, kehrt die Ungleichheit erst ►

^③ Eine informative Tabelle aus der DIW-Studie ist im Internet verfügbar (siehe verdi 2012). Die SOEP-Sonderbefragung zur Vermögensverteilung ist 2011 wiederholt worden und wird Basis für eine Aktualisierung der Daten im Rahmen eines Forschungsauftrags der Hans-Böckler-Stiftung an das DIW sein.

recht zumindest als ökonomische Nachfrageschwäche aus der EU nach Deutschland zurück.^⑨ Schlimmstenfalls führen die Ungleichheiten auch zur politischen Schwächung der deutschen Position in Europa oder des europäischen Projektes selbst. Die Sparpolitik als Krisenlösungs-Medizin erweist sich jedenfalls als Gift für Patienten wie Ärzte gleichermaßen.

5.2 Modell Deutschland?

Dabei wären doch die Zukunftsaussichten Deutschlands auch ohne die Finanzmarkt- und Euro-Krise schon problematisch genug – und sind mit ihr noch schlechter: Mit einem schwachen Binnenpotenzial an schlecht bezahlten Konsumenten, gut bezahlten, aber nicht genug real im Inland investierenden Unternehmen und einem schon jetzt über Gebühr verschlankten Sozialstaat mit Defiziten an Infrastruktur und öffentlichen Gütern wächst nicht nur die Abhängigkeit von der unsicheren und national wenig steuerbaren Weltkonjunktur bzw. Exportnachfrage weiter.^⑩ Langfristig ist die Auslandsnachfrage, selbst wenn sie relativ stabil bleiben sollte, womöglich gar nicht mehr ausreichend bedienbar, weil der private wie öffentliche Kapitalstock in Deutschland angesichts von Investitionszurückhaltung immer weniger modernisiert wird, Produktivitätspotenziale bei unterbeschäftigten Frauen, bei unterbezahlten Niedriglöhnnern, bei defizitär qualifizierten jungen, bildungsfernen und migrationsnahen Schichten brachliegen, weil wachsende soziale Probleme wie Gegenwarts- und Altersarmut die Gesellschaft belasten. Bezeichnenderweise ist es kein deutscher Ökonom, sondern ein britischer Historiker an der amerikanischen Yale Universität mit dem Forschungsschwerpunkt Moderne deutsche Geschichte, der genau diese eben genannte skeptische Zukunftsperspektive teilt und das deutsche „Modell“ einen „negativen Generationenvertrag“ nennt (siehe Tooze 2012).

5.3 Sparpolitik mit negativem Verstärker

Auch historische Rückblicke würden in Deutschland nicht schaden, weil sie z.B. die heutigen Parallelen zur erschreckenden Sparpolitik a la Brüning ab 1929 zeigen – vor denen Krugman/Layard (2012) die europäische Politik mittels eines „Manifests“ fast dramatisch warnen. Inzwischen sieht selbst der Internationale Währungsfond (IMF 2012) die aktuellen Sparprogramme in der EU erstaunlich kritisch. Denn aufgrund neuer empirischer Studien zu weltweiten Sparerfahrungen seit den 1930er Jahren beziffert er die Multiplikatorwirkung gekürzter Staatsausgaben auf das ökonomische Geschehen nicht mehr auf 0,5 bzw. 50 Cent Wachstumseinbuße für jeden Euro Kürzung, was die Wirkungen früher „halb so schlimm“ erscheinen ließ. Der IMF geht jetzt von einem Multiplikator bis zu 1,5 aus, was eine Abwärtsspirale durch Sparprogramme bedeutet, wie es auch die aktuellen EU-Erfahrungen belegen. Obwohl der IMF (2012, S. 21) diese Kehrtwende mit eher beiläufigen Formu-

lierungen und ergänzenden „Facts“ an anderer Stelle (ebd., S. 41ff., Factbox 1.1) fast versteckt, ist diese Neueinschätzung der Multiplikatorwirkung öffentlich teilweise als Sensation empfunden worden.

5.4 Der „zwanghafte“ Europäische Krisenmechanismus

Die Finanzmärkte verschärfen die gegenwärtige Sparproblematik. Dafür steht ein wichtiges Beispiel aus dem Komplex, den Peter Bofinger (2012) das „Infernale Dreieck“ von Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Rezession im Euroraum nennt. Wenn Staatsschulden durch Vertrauensentzug von Rating-Agenturen oder Finanzmärkten abgewertet werden, erzwingt das quasi zwei nachfolgende öffentliche Rettungsaktionen als haushaltsbelastende Vorstufe einer nachfolgenden und vermeintlich entlastenden staatlichen Sparpolitik. Banken und andere institutionelle Halter der Staatspapiere „müssen“ wegen massiver Abschreibungen auf diese und negativer Folgen für Bilanzen und Grundkapital öffentlich gerettet werden durch entsprechende Kapitalzufuhren. Und die Emittenten der Schuldtitel müssen erdrückende Strafzinsen für Neuverschuldung zahlen, sodass sie selbst von anderer Stelle mit anderem Kapital gerettet werden müssen. Die entsprechenden Haushaltsbelastungen veranlassen die Rating-Agenturen und die Märkte wieder, die Abwertung von Schuldtiteln zu verstärken. Darüber werden die Rettungsfolgen und Rettungskosten verschärft und reflexartig Sparprogramme zulasten der öffentlichen Ausgaben und der sozialen Lage ausgelöst. Diese Aktions- und Reaktionsspirale ist so „zwanghaft“, weil alle Beteiligten noch höhere Staatsschulden als verwerflich ansehen, höhere Steuern als Alternative zu Schulden aber auch – zumindest solche auf hohe Einkommen und Vermögen. Gerettet werden so letztlich neoliberalen Politikmuster, die noch als „Disziplinierung“ von Staaten und Gesellschaften ausgegeben werden (vgl. z. B. Heinen 2012), obwohl die Sparprogramme diese faktisch zerrütteten.

5.5 Alternativen

Es ist deshalb mehr denn je notwendig, radikal umzusteueren und insbesondere die Politik der Umverteilung von unten nach oben als eine wesentliche Ursache für die aktuelle Misere abzulösen. Auf der nationalen Ebene gibt es dafür viele geeignete Vorschläge bei der Einkommensent-

^⑨ Zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und ökonomischer Destabilisierung nicht nur für Deutschland siehe zuletzt z. B. van Treeck/Sturm (2012); Berg/Ostry (2011) oder OECD (2011).

^⑩ So fragen z. B. zu dieser Abhängigkeit Dauderstädt/Dreyer (2012), ob die deutsche Industrie „Wachstumsmotor oder Wachstumsmythos“ ist.

stehung wie der Einkommensverwendung, die mit politischem Mut schnell umsetzbar sind. Das betrifft z. B. die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und der Lohnpolitik ebenso wie z. B. die Mietpreis- oder die Energiepreispolitik. Insbesondere aber die Abgabenpolitik ist das Instrument der Wahl, wenn kurzfristig wirksam, sozialverträglich bzw. verteilungskorrigierend und wachstumsunschädlich eingegriffen werden soll. Das gilt für klassische Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen ebenso wie z. B. für die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung zulasten vor allem von Managereinkommen. Diese fiskalischen Mittel sind als „Steuergas“ umso mehr geboten, wenn der Handlungsspielraum des Fiskus durch irgendeine Form von „Schuldenbremse“ – unnötig – eingeschränkt wird, damit die schädlichen Sparfolgen vermieden werden.^①

Auf europäischer Ebene ist über analoge Strategien in den Nationalstaaten hinaus zusätzlich Supranationales nötig, was ansatzweise schon diskutiert und geplant wird: die Finanzmarkttransaktionssteuer, der endgültige europäische „Rettungsschirm“, die europäische Bankenaufsicht, mehr Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik usw. (vgl. z. B. aktuell IMK 2012b). Doch selbst wenn diese Pläne rasch und effektiv verwirklicht werden, darf man an einem befriedigenden Erfolg zweifeln, solange nicht alle elementaren Konstruktionsfehler der Eurozone behoben sind und der oben geschilderte „zwangsläufige“ Krisenmechanismus geähmt ist.

Der Erfolg wäre erst gegeben, wenn man der Europäischen Zentralbank (EZB) ein bisher unnötig tabuisiertes Mittel in die Hand gibt: Die direkte Verschuldung von Staaten bei der Notenbank, die aus keynesianischer Sicht immer gleichwertig zur Geldversorgung des Wirtschaftskreislaufs über die Banken ist, was Effektivität, Steuerungsmöglichkeit und auch Preiseffekte betrifft. In den USA und Großbritannien werden schließlich beide Wege auch praktisch umgesetzt. In der EU wird die zweite Option bisher verschmäht, obwohl ihre Vorteile gerade unter aktuellen Vorzeichen offenkundig sind. Denn die Geldversorgung über die Banken ist angesichts von häufigen Krisenlagen in den Banken selbst, hohen Liquiditätspolstern in den Unternehmen und konjunkturellen Unsicherheiten mit mehr Friktionen als sonst verbunden. Geldversorgung des Kreislaufs über die Staatshaushalte hätte diese Friktionen nicht bzw. wäre mit einem höheren Multiplikator als über die Banken versehen.

Zur Gleichwertigkeit beider Versorgungswege gehört auch, die direkte Kreditgewährung der EZB an Staaten zu ähnlich günstigen Bedingungen wie für die Banken zu realisieren. Die EZB sollte und könnte schließlich die direkt gekauften Staatsschuldtitel im Rahmen ihrer Geldpolitik an den Finanzmarkt und an private Anleger weiterverkaufen und auch zurückkaufen. Für Letzteres aber müsste im Gegensatz zu heute eine Rückaufgarantie zum Nennwert gelten, was automatisch die Rating-Agenturen weitgehend ausschalten würde, Abschreibungen bei Banken und Versicherungen einzämmen bzw. Rettungsaktionen für diese

vermeiden würde, untragbare Zinslasten für öffentliche Haushalte ausschließen und damit ebenfalls Sparprogramme erübrigen würde usw. Schließlich bedeutete die Rückaufgarantie zum Nennwert auch für jeden privaten wie institutionellen Anleger ein willkommenes Signal, dass sich die Anlage der Ersparnis bei „seinem“ Staat als Ausdruck von dessen Wohlfahrtsleistung lohnt – auch wenn der gebotene Zins im Sinne dieses Vorschlags nicht viel höher sein kann und sein darf als z. B. das Inflationsziel der EZB und damit „nur“ Substanz erhaltend wäre.

Natürlich setzt das eine Erweiterung des rechtlichen Rahmens der EZB voraus. Und selbstverständlich sollte der direkte Ankauf von Staatsschuldtiteln durch die EZB kein Free Lunch sein, sondern eingebunden in Anfänge einer EU-weiten Wirtschaftsregierung. Konkret könnte z. B. zunächst der Rat der EU-Finanzminister in Verbindung mit dem Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments die Kreditvergabe ab einer bestimmten – variablen – Höhe des Verschuldungsniveaus mit Bedingungen verknüpfen. Sie wären z. B. im Fall Griechenlands der Aufbau einer funktionierenden Finanzverwaltung und die anschließende Anhebung der Steuerlast von Unternehmen, Reichen und Vermögenden innerhalb einer bestimmten Frist. Bedingung für die EZB-Kreditvergabe könnte und dürfte aber nicht sein: Lohn- und Sozialdumping zum Ausgleich von vorhandenen Wettbewerbsnachteilen einzelner EU-Mitglieder. Die Bekämpfung von Wettbewerbsschwächen in Griechenland wie in anderen Fällen könnte aber mit der Verwendung der Staatsschulden verbunden werden. Sie könnte auch Gegenstand der Herausgabe einer europaweiten Finanzmarkttransaktionssteuer werden, die bei einem wirksam hohen Steuersatz als ergiebiger Strom dem EU-Haushalt zufliessen und europäische „Marshall-Pläne“ speisen könnte.

All dies würde national mögliche Aktivitäten nichtersetzen, aber im Gegensatz zum Status quo höchst wirksam ergänzen. Es würde vor allem die gegenwärtige Gefahr einer selbstverstärkenden Abwärtsspirale weitgehend eindämmen zugunsten einer Entwicklungsperspektive, die mehr ökonomisches Wachstum mit weniger Ungleichheit innerhalb der EU wie zwischen den EU-Staaten vereinbart. Aber auf dem Weg dahin sind nach wie vor viele Widerstände ►

^① Die Bertelsmann-Stiftung (2012, S. 32) formuliert es in einem aktuellen Gutachten so: „Das Niveau der Besteuerung in Deutschland ist in Relation zum angestrebten Niveau der Infrastruktur und des Sozialstaats relativ niedrig, worin eine Ursache der in der Vergangenheit aufgetretenen Haushaltsdefizite liegt. Anders gewendet: Geht man davon aus, dass eine Senkung der staatlichen Ausgaben nur begrenzt möglich und eine Verschuldung für die Länder ab 2020 gänzlich versagt sein wird, ist in Deutschland eine Steigerung der Steuereinnahmen erforderlich, um die gewünschten Aufgaben finanzieren zu können. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass insbesondere im Hinblick auf die Besteuerung von Kapital in der Bundesrepublik noch Raum besteht.“

des Mainstream-Denkens zu überwinden, insbesondere der Glaube an die unsichtbare Hand, die die (Finanz-)Märkte weise lenkt. **Friedrich A. von Hajek** (1943) hat vor vielen Jahrzehnten von mehr Staat den „Weg in die Knechtschaft“ für die Gesellschaft befürchtet. Seine neoliberalen Jünger haben daraus aber vielfach den Rückzug des Staates und eine Ideologie öffentlichen Sparsens bis hin zur Rede vom „Aushungern des Ungeheuers“ gemacht. Sie führen auch aktuell die Gesellschaften in die Knechtschaft der Märkte. Deshalb ist das Hajeksche Wort heute umgekehrt zu lesen: Es ist vordringliche Aufgabe der Gesellschaft und damit der Politik und des Staates, Wege aus eben dieser Knechtschaft zu finden und zu gehen. ■

LITERATUR

- Alvaredo, F./Atkinson, A. B./Piketty, T./Saez, E.** (2012): The World Top Income Database, <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/>
- Anselmann, Ch./Krämer, H.** (2012a): Wer wird Millionär? Erklärungsansätze steigender Top-Managergehälter, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt, Oktober, Bonn
- Anselmann, Ch./Krämer H.** (2012b): Completing Bathtub? The Development of Top Incomes in Germany, 1907–2007, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEP Papers (451), Berlin, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.402879.de/diw_sp0451.pdf
- Anselmann, Ch./Krämer, H.** (2012c): „Denn wer da hat, dem wird gegeben“ – Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt, September, Bonn
- Bach, S./Corneo, G./Steiner, V.** (2012): Effective Taxation of Top Incomes in Germany, German Economic Review, online 04.06., <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0475.2012.00570.x/pdf>
- Berg, A./Ostry, J.** (2011): Inequality and Unsustainable Growth. Two Sides of the Same Coin?, International Monetary Fund, IMF Staff Discussion Note 8.2011, April, Washington D.C.
- Bertelsmann Stiftung** (2012): Neuordnung der föderalen Finanzverfassung Deutschlands ab 2020 unter besonderer Berücksichtigung der Kommunen, Gütersloh
- Bofinger, P.** (2012): Das infernalische Dreieck. Wie Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Rezession den Euroraum gefährden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (10), S. 51–62
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** (2012): Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Stand 17.09., Berlin
- Dauderstädt, M./Dreyer, J.** (2012): Deutschlands Industrie: Wachstumsmotor oder Wachstumsmythos?, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt, Oktober, Bonn
- Deutsche Bundesbank** (2011): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2010, in: Monatsbericht (12), S. 31–49
- Deutsche Bundesbank** (2012a): Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, in: Monatsbericht (1), S. 13–28
- Deutsche Bundesbank** (2012b): Das PHF: Eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland, in: Monatsbericht (1), S. 29–46
- Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz** (2012): Studie zur Vergütung der Vorstände in den DAX- und MDAX-Unternehmen im Geschäftsjahr 2011, Düsseldorf, <http://www.dsw-info.de/Vorstandsvergütungsstudie-201.1796.0.html>
- Hajek, F. A. von** (1943): Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach/Zürich
- Heinen, N.** (2012): Mission Vertrauen. Wege aus der Eurokrise. Wege aus der Unsicherheit, Halle/Leipzig
- Institut der Deutschen Wirtschaft (Iw)** (2012): Zweitjobs für das Urlaubsgeld, zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 06.10., S. 1
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)** (2012): Jobchancen locken – Ost-West-Wanderung: Lohn nicht entscheidend, zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 18.09.
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** (2012a): Rezessionsgefahr rasant gestiegen, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 16.10., Düsseldorf
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)** (2012b): Quo Vadis die Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, IMK-Report (75), Oktober, Düsseldorf
- International Monetary Fund (IMF)** (2012): World Economic Outlook – October. Coping with High Debt and Sluggish Growth, Washington D.C.
- Keller, B./Schulz, S./Seifert, H.** (2012): Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010, WSI-Diskussionspapier (182), Düsseldorf, http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_182.pdf
- Krugman, P./Layard, R.** (2012): A Manifesto for Economic Sense (Nicht die gleichen Fehler wie 1929 machen!), <http://blog.handelsblatt.com/handelsblog/2012/06/28/die-gleichen-fehler-wie-1929-ein-manifest-für-ökonomische-vergnunft/>
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS)** (Hrsg.) (2012): Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)** (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising, Paris
- Schmidt, R./Schwalbach, J.** (2007): Zu Höhe und Dynamik der Vorstandsvergütungen in Deutschland, http://www2.wiwi.hu-berlin.de/institute/im/_docs/ss%20zf%202007.pdf
- Seils, E.** (2012): Beschäftigungswunder und Armut. Deutschland im internationalen Vergleich, WSI-Report (07), Oktober, Düsseldorf
- Statistisches Bundesamt** (2012a): Fachserie 18 – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: August/September), Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012b): Bruttoinlandsprodukt 2011, in: Wirtschaft und Statistik (1), S.13–29
- Statistisches Bundesamt** (2012c): Verdienste und Arbeitskosten – Arbeitnehmerverdienste Jahr 2011, Fachserie 16 Reihe 2.3, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012d): Frauen verdienten 2010 in Führungspositionen 30 % weniger als Männer, Pressemitteilung 345 vom 4.10., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012e): Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn ist gestiegen, Pressemitteilung 308 vom 10.09., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012f): Reallöhne im zweiten Quartal 2012 zum Vorjahresquartal um 0,6 % gestiegen, Pressemitteilung 355 vom 11.10., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012g): 15,8 % der Bevölkerung waren 2010 armutsgefährdet, Pressemitteilung 362/12 vom 17.10., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2012h): Armutgefährdung in den meisten Bundesländern gestiegen, Pressemitteilung 315/12 vom 13.09., Wiesbaden
- Tooze, A.** (2012): Germany's Unsustainable Growth. Austerity now, Stagnation later, in: Foreign Affairs 91 (5), Sept./Oct., Tampa/Florida, <http://www.foreignaffairs.com/articles/137834/adam-tooze/germany-s-unsustainable-growth>
- Treec, T. van/Sturm, S.** (2012). Income Inequality as a cause of the Great Recession? A Survey of current debates, International Labour Organization, August, Genf
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)** (2012): Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Vermögensverteilung, nur im Internet: http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell/data/DIW-Zahlen.pdf
- Wilke, P./Schmid, K.** (2012): Entwicklung der Vorstandsvergütung 2011 in den DAX-30-Unternehmen, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier (269), September, Düsseldorf

AUTOR

CLAUS SCHÄFER, Dr., ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Verteilungsanalyse von Einkommen und Lebenslagen.

@ claus-schaefer@boeckler.de